

Freitag

Einer gegen alle

Karl-Theodor zu Guttenberg ist beliebter als alle anderen Politiker im Land. Doch sein Engagement gegen die Wehrpflicht stellt den Senkrechtstarter nun vor große Probleme. Kanzlerin Merkel will den möglichen Rivalen ausbremsen, und seine Partei stürzt er mit seinem Vorhaben in eine Identitätskrise.

Von Rüdiger Scheidges Seine Gnadenfrist läuft in wenigen Wochen ab. Dann muss Karl-Theodor zu Guttenberg liefern. Zuerst muss der Verteidigungsminister mit seinen Bundeswehr- und Wehrpflichtplänen noch mal zur Kanzlerin. Dann zum Rapport in die Fraktionsvorstände. Und schließlich muss er auf den Parteitag den schwarzen Unions-Truppen hinter sich bringen. Das könnte ein Kraftakt werden, zumal die Ministerpräsidenten von CDU und CSU ihre Truppen schon aufwiegeln, im Parteipräsidium stellt sich niemand vor den Freiherrn. Sie alle sagen: Der darf nicht das letzte Wort behalten!

Der Verteidigungsminister ist mit seiner Idee, die Wehrpflicht abzuschaffen, in der Union isoliert. Er spricht zwar nur davon, sie "aussetzen" zu wollen, doch eigentlich geht es ihm um eine grundlegende Reform, denn die Bundeswehr leidet unter veralteten Strukturen, ist notorisch unterfinanziert und den sicherheits- und verteidigungspolitischen Anforderungen nicht mehr gerecht. Doch vom Ende der Wehrpflicht will die alte graue Garde der Union um Volker Kauder (CDU) und Horst Seehofer (CSU) nichts hören. So erlebt das Publikum den beliebtesten Politiker Deutschlands, der vielen als glänzender Gegenentwurf zur zerstrittenen und verwitterten Kabinettsmannschaft von Kanzlerin Angela Merkel erscheint, nun in ernsthaften Schwierigkeiten.

Die Opposition wittert schon die Chance, den Phantom-Ersatzkanzler endlich ins Fadenkreuz zu nehmen. "Zu Guttenberg macht mit Luftbuchungen viel Wind", sagt SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold. "Bei der Wehrpflicht hat er die Union in ein Dilemma gebracht. Die will sie beibehalten, kann aber die nötigen Milliarden nicht finden."

Dass SPD, Linke und Grüne höhnen, er agiere nicht aus ideologischer Überzeugung, sondern "allein wegen der miesen Kassenlage", mag nicht überraschen. Dass die Parteifreunde von der CSU nun aufbegehren, sehr wohl. Sie fragen, ob er nicht zu viel riskiert, und spotten schon über nationale Sicherheit zum Schnäppchenpreis.

Bei diesem parteiinternen Konflikt geht es nicht nur um Geld, es geht auch um einen Konflikt zwischen den Generationen. Der Freiherr will mit seinem Coup ausgerechnet jene Ära zu Grabe tragen, die die alte Union noch immer als eine ihrer erfolgreichsten begreift: Nach Wiederbewaffnung und Beitritt zur Nato setzten die Konservativen gegen die SPD die Wehrpflicht durch. Es geht um Symbolik, um Ideen und Begriffe wie den "Staatsbürger in Uniform", gegen die Guttenberg aus ihrer Sicht mobil macht.

Tatsächlich will der Stabsunteroffizier der Reserve Guttenberg die Truppe um 80000 von 250000 auf knapp 170000 Leute reduzieren. Er hat ein radikales Freiwilligen-Modell erarbeiten lassen, das FDP und SPD überzeugen soll, einer nötigen Verfassungsänderung zuzustimmen. Er hat dies bislang sehr leise getan und ist wie auf Zehenspitzen zwischen alle Fronten getänzelt. Doch blieb er ein Solotänzer, niemand in der Union hat sich öffentlich auf seine Seite geschlagen. Im Gegenteil: die Fraktionsführung, die Parteibosse und Ministerpräsidenten ließen ihn abblitzen.

Auch die Kanzlerin geht auf Distanz zum möglichen Ersatzkanzler. Frühzeitig hat sie in der Fraktion den Gegenwind gegen den Baron gewittert und gab ihm Zuckerbrot und Peitsche: Erst piff sie ihren Rivalen um die Gunst des Volkes zurück, als er die Wehrpflicht auf der Klausurtagung der Regierung im Eiltempo erledigen wollte. Dann bot sie seinem Ressort unerwartet mehr Geld an, damit der Minister an der Wehrpflicht festhält: "Ich werde die nationale Sicherheit nicht für zwei Milliarden Euro aufs Spiel setzen." Bis heute aber schert den Umworbenen das Angebot nicht. Er ruft die Milliarden nicht ab, obwohl er mit Merkels freizügiger Spende die Wehrpflicht weitere vier Jahre, bis nach den Wahlen, finanzieren könnte. Stattdessen lässt sich der "Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt" 8,3 Milliarden Euro aus seinem Budget streichen.

Die Frage ist: Was will der Mann? Will er die Bundeswehr partout klein hauen? Will er sie nachhaltig sanieren? Oder will er sich nur die Krone des Sparkönigs nicht vom Haupt reißen lassen?

"Die Bunte" und "Frau im Spiegel" können dem Minister jetzt nicht helfen.

Vor allem will der Ex-Gebirgsjäger standhaft bleiben. Es wäre das zweite Mal, dass ihm das trotz starken Gegenwindes gelänge. Die Tragweite des durch einen deutschen Offizier ausgelösten Angriffs auf einen Tanklaster bei Kundus hatte er unangemessen falsch eingeschätzt, die darauf folgende Affäre um den von ihm ohne Federlesens gefeuerten Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan hat er politisch nur knapp überlebt. Selbst die Traumwelt, die "Bunte" und "Frau im Spiegel" um ihn und die seinen erschaffen hatten, konnte von den Problemen des Ministers nicht mehr ablenken. Nur mit viel Chuzpe überstand er den parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Das erhabene Gerede vom Nebenaußenminister ist seitdem verstummt, ebenso das

vom größten Talent der deutschen Politik. Der bessere Verteidigungsminister war er einmal, der bessere Außenminister sowieso. Und das Bundeskanzleramt in Berlin scheint derzeit weit weg zu sein.

Nun wird zu Guttenberg angefeindet, belächelt und für sein unorthodox-fesches Auftreten bespöttelt. Hochmögende Leitartikler sind sich nicht zu schade, süffisant die Nobelmarken zu erkunden, die er bei seinen Truppenbesuchen im Wüstensand Afghanistans zur Schau trägt. Andere feixen darüber, wie er in einer Kombination aus kurzen Hirschlederhosen und wüstenfarbenen Stiefeln durch die Gemarkung Guttenberg stapft. Vielen scheint nun aufzufallen: Der vollendeten Form fehlt der Inhalt.

Häme und Schadenfreude über den Fall des "modernen Konservativen" (Guttenberg über Guttenberg) reichen bis in sein Ministerium. "Hier ist ne Stimmung wie bei Opel", unkt dort sarkastisch ein junger Uniformierter. Die alten Militärs und Freunde Schneiders, die im Ministerium überlebt haben, lachen sich ob der vielen politischen Fronten des Freiherrn ins Fäustchen.

Zwar schweigen die amtierenden Sterneträger öffentlich und reden nur hinter vorgehaltener Hand. Manfred Dietrich indes muss sich keine Sorgen mehr um seine Karriere machen und findet offene Worte. Der Generalleutnant a.D. ist Chef des "Förderkreises Deutsches Herr" und kennt die vertrackte Lage im Ministerium wie kaum ein anderer. Vor allem die Sorge, dass der Umbau der Bundeswehr nur alte Probleme wieder nicht beseitigen, ja vielleicht sogar verstärken könnte, kennt er. "Jede neue Chance ist spätestens dann vertan", sagt er. Doch genau das droht dem Verteidigungsminister, wenn er von Merkel und der Union den Befehl zum "Weiter so!" erhält.

Viel schlimmer als die Gegner in der Truppe sind jene in der CSU, allen voran der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer. Der lästert und stänkert gegen den Rivalen in einer Manier, wie es vor ihm nur der passionierte Polterer Franz Josef Strauß vermocht hätte. Denn Guttenberg will aus der alten Regional- und Strukturpolitik, die Verteidigungsminister oftmals verfolgten, eine so lupenreine Verteidigungs- und Wehrpolitik machen, wie es sie bisher nie gegeben hat: Er will erbarmungslos Bundeswehrstandorte schließen und "groteske" (Guttenberg) Rüstungsverträge eindampfen, weil sie der Industrie helfen, aber nicht der Bundeswehr. Doch allein in Seehofers Bayern gibt es über 40 Standorte mit 50 000 Bediensteten. Auch EADS und andere Rüstungsriesen haben dort ihre Heimat.

Sofort nach Guttenbergs Ankündigungen folgte denn auch Seehofers Kampfansage am EADS-Standort Manching. Er drohte seinen "erbitterten Widerstand" gegen "unsinnige Einsparungen auf dem Rüstungssektor" an. Die Wehrpflicht habe, so Seehofer, gar eine "größere Bedeutung als die Gesundheitsreform".

Die harschen Reaktionen auf zu Guttenbergs Vorstöße sind auch Folge einer Fehleinschätzung vieler Unions-Politiker. Sie glaubten, dass der Baron sich schon noch einbinden lasse. Diese Fehleinschätzung erkennen sie nun. Während die triste Schicksalsgemeinschaft aus Angela Merkel und ihrer Partei in den Umfragen so tief absackt, dass die Union den Charakter der Volkspartei zu verlieren droht, kommt Guttenberg im Volk weiter gut an. Ausgerechnet der, den sie selber zum jüngsten Generalsekretär, dann jüngsten Wirtschaftsminister und jetzt mit 38 Jahren zum jüngsten Verteidigungsminister gemacht haben.

Von den Parteifreunden angefeindet, demonstriert der Baron plakativ Haltung. "Eine Maxime der Erziehung war, für seine Einstellung immer geradezustehen", rühmt zu Guttenbergs Vater Enoch zu Guttenberg den Sohn. Doch die Tugend, ein Leben nach einer 800 Jahre alten Familienmaxime auszurichten, funktioniert im Schattenreich der Politik, wo allein der Kompromiss regiert, nicht. Zu Guttenbergs gescheiterte Intervention für ein Insolvenzverfahren und gegen die Staatshilfen für Opel - damals war er noch Wirtschaftsminister - brachten ihm gerade deshalb den Ruf ein, ein Moment-Politiker zu sein, einer, der seine Standhaftigkeit für den Augenblick inszeniert und auf die Vergesslichkeit des Volkes setzt.

Trotz Kritik gibt zu Guttenberg den Sonnyboy. Er vertraut darauf, dass die Leute vergessen.

Daran hat sich beim Verteidigungsminister nicht viel geändert. Erst schwört er, die Wehrpflicht sei mit ihm "niemals" zu kippen. Dann kürt er sie in einer Grundsatzrede vor verblüfftem Publikum zur "Gretchenfrage" der nationalen Sicherheit. Erst droht er der Industrie, spät erfüllte Rüstungsverträge ganz zu verwerfen. Dann rudert er zurück, weil das ohnehin nichts einbringe. Erst droht er, etliche Kasernen zu schließen, dann kassiert er die Drohung unter dem Druck der Provinzfürsten und Landräte. Erst gibt er den forschen Kamerad in Uniform, dann beschimpft er den Wehrbeauftragten als Dilettanten, weil der die unzureichende Ausrüstung der Kameraden in Afghanistan als "Drama" gezeißelt hatte.

Und der Minister? Was sagt er dazu, dass er in den eigenen Reihen unter Druck gerät? Wirklich dazu äußern möchte er sich nicht. Vielleicht auch, weil er keinen Grund sieht.

Beim Besuch auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr in Nordbayern am vergangenen Dienstag hocken sie graugesichtig vor ihm wie auf Büsserbänkchen in einem schummrig beleuchteten, schlammgrünen Zelt: Lokalpolitiker, Landräte, Bürgermeister - Volksvertreter, denen der forsche Minister seit Monaten auf die Füße tritt mit seinen Plänen zu Truppengröße und Standorten und die um Steuereinnahmen und Infrastruktur bangen. Der Minister in Polohemd, Anorak und modischen Wanderschuhen indes sagt ihnen: "Ich freue mich sehr über die intensiven Gespräche auch angesichts der Strukturdiskussion." Trotz der Kritik aus den eigenen Reihen, bleibt er

ganz der Sonnyboy, den sie hier sonst aus dem Fernsehen kennen.

Wegen solcher Gelenkigkeit nennen sie ihn im Ministerium mittlerweile den "Verteidigungs-Rastelli", in Anlehnung an Enrico Rastelli, den italienischen Meister der Luftakrobatik. Vor Publikum warf der gleichzeitig bis zu zehn Bälle in die Luft. Doch im Gegensatz zum Verteidigungsminister hatte er kein Heer, das sie wieder einsammeln musste.